Zeitschrift: Wasser Energie Luft = Eau énergie air = Acqua energia aria

Herausgeber: Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband

Band: 102 (2010)

Heft: 1

Artikel: Stand und Zukunft der Schweizer Wasserwirtschaft : ein breit abgestütztes Meinungsbild

Autor: Schaffner, Monika / Pfaundler, Martin / Aschwanden, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-941643

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Stand und Zukunft der Schweizer Wasserwirtschaft

Ein breit abgestütztes Meinungsbild*

Monika Schaffner, Martin Pfaundler, Hugo Aschwanden

Zusammenfassung

Die Rahmenbedingungen für die Schweizer Wasserwirtschaft verändern sich. Neben gesetzgeberischen Initiativen auf Stufe Bund ist insbesondere in den Kantonen eine beträchtliche Anzahl Aktivitäten festzustellen. Um der Frage nachzugehen, ob und wie die Schweizer Wasserwirtschaft auf diese Entwicklungen reagieren soll, wurden in den letzten Jahren eine Reihe von Analysen und Expertenberichten verfasst. Als Zusammenfassung dieser Studien legte das Bundesamt für Umwelt (BAFU) 28 Thesen zu Stand und Zukunft der Schweizer Wasserwirtschaft vor, die es mit einer Umfrage den massgebenden Akteuren zur Stellungnahme unterbreitete. Ziel der Umfrage war es, ein breit abgestütztes Meinungsbild aus dem Kreise der Schweizer Wasserakteure zu gewinnen. Der vorliegende Artikel fasst die Thesen sowie die Ergebnisse der Umfrage zusammen und zeigt auf, wie die Resultate in die zukünftigen Aktivitäten zur Weiterentwicklung der Schweizer Wasserwirtschaft einfliessen.

Abstracts

The framework of water resources management in Switzerland is undergoing changes. Apart from legislative initiatives on the national level, a number of activities are underway, particularly in the cantons. During the past years, a series of analyses and expert studies have been investigating the question of whether and how Swiss water resources management should react to the current developments. As a synthesis of these studies, the Swiss Federal Office for the Environment (FOEN) formulated 28 theses on the state and future of Swiss water resources management and presented these to the concerned stakeholders, asking them for their point of view. The aim of the survey was to attain a broadly supported, representative opinion on the issue. The current article summarizes the theses as well as the results of the survey, and illustrates how these results will be integrated into the further development of Swiss water resources management.

1. Einleitung

Die Schweizer Wasserwirtschaft und die Wassergesetzgebung wurden letztmals 1980 systematisch und umfassend evaluiert [1]. Anfang der 1990er-Jahre traten die Revisionen des Gewässerschutz- und des Wasserbaugesetzes und 1998 die entsprechenden Verordnungen in Kraft. Aktuell sind in der Schweizer Wasserwirtschaft verschiedene Entwicklungen im Gange. Neben gesetzgeberischen Initiativen auf Stufe Bund ist insbesondere in den Kantonen eine beträchtliche Anzahl Aktivitäten festzustellen. Auch im internationalen Kontext sieht sich die Schweiz mit Empfehlungen konfrontiert, welche auf eine integrale Bewirtschaftung der Wasserressourcen hinzielen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen, der aktuellen Rahmenbedingungen und der zukünftigen Herausforderungen ist die Zeit heute reif für eine Standortbestimmung.

In den vergangenen Jahren wurden durch das Bundesamt für Umwelt (BAFU) und die Wasser-Agenda 21 [2] eine Reihe von Analysen und Expertenberichten zu der Frage erstellt, ob und in welcher Weise die Wasserwirtschaft einer Veränderung oder Weiterentwicklung bedarf [3, 4, 5]. Als Zusammenfassung dieser Studien wurden in einer Auslegeordnung Thesen zu Stand und Zukunft der Schweizer Wasserwirtschaft formuliert [6]. Die Auslegeordnung gibt eine Übersicht über die laufenden Aktivitäten, Trends und Entwicklungen und orientiert sich dabei an Themen, welche heute und in der Zukunft als wichtigste Herausforderungen im Bereich Wasser und Gewässer angesehen werden. Der Bericht wurde anschliessend in einer Umfrage einem breiten Akteurskreis der Schweizer Wasserwirtschaft zur Stellungnahme unterbreitet. Das Ziel dieser Umfrage war es, Einschätzungen und Kommentare der Fachwelt zu den formulierten Thesen zu erhalten und aus deren Auswertung ein breit abgestütztes Meinungsbild der massgebenden Akteursgruppen zu gewinnen.

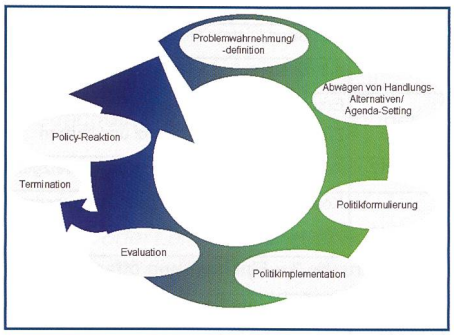


Bild 1. Idealisiertes Verlaufsschema eines Policy-Zyklus.

Die Auslegeordnung mit den Thesen [6] und die Auswertung der Umfrage [7] schliessen die Phase der Problemwahrnehmung und -definition im idealisierten Verlaufsschema eines Policy-Zyklus ab (siehe *Bild 1*).

Der vorliegende Artikel fasst die Thesen sowie die Ergebnisse der Umfrage zusammen und zeigt auf, wie die Resultate in die zukünftigen Aktivitäten zur Weiterentwicklung der Schweizer Wasserwirt-

* *Erste Erscheinung in der Fachzeitschrift SSIGE gwa, Ausgabe 9/09.*

These	Thesentitel	Ja	Nein	k.A.
Thesengruppe 0 – Generelles				
These 1	Bedarf einer neuen Strategie Wasserwirtschaft Schweiz	82%	11%	7%
These 2	Vorreiterrolle einzelner Kantone	72%	10%	18%
These 3	Wasser-Agenda 21 als Plattform für den Strategieprozess	54%	23%	23%
These 20	Hauptherausforderungen für die Schweizerische Wasserwirtschaft	79%	12%	9%
Thesengruppe 1 – Knappheitsprobleme				
These 22	Klimaänderung als Verstärkung der Problemfelder	83%	8%	9%
These 24	Zuspitzung der Nutzungs- und Interessenskonflikte	83%	9%	8%
These 25	Klimabedingte Knappheit erfordert mengenmässige Wasserbewirtschaftung	72%	19%	9%
Thesengruppe 2 – Gesetzliche Aspekte				
These 4	Aktuelle und zukünftige Herausforderungen verlangen ein Überdenken der Rollenverteilung	72%	20%	8%
	4.1: Alleinige Angelegenheit zwischen Gemeinden und Kantonen	25%	63%	12%
	4.2: Bund leistete Hilfestelllungen (Empfehlungen, finanzielle Anreize)	82%	10%	8%
	4.3: Entsprechende Anpassungen in der Bundesgesetzgebung	56%	28%	16%
These 5	Erschwerte Güterabwägung/Prioritätensetzung wegen unterschiedlichen Zuständigkeiten für Schutz und Nutzen	75%	14%	11%
These 17	Zweckmässige Anpassung der Gesetzgebung	72%	19%	9%
These 19	Konzeptioneller Einfluss der EU-Wasserrahmenrichtlinie auf die Schweizer Wasserwirtschaft	59%	19%	22%
Thesengruppe 3 – Finanzierung öffentlicher Leistungen				
These 9	Regionale Ansätze zur Steigerung der Professionalität angesichts wachsender Anforderungen und als Antwort auf den Kostendruck			
	9.1: Rahmenbedingungen schaffen, um entsprechende organisatorisch-institutionelle Lösungsansätze zu fördern	84%	4%	12%
	9.2: Gefahren der Regionalisierung (lokale Verankerung) überwiegen Chancen	33%	50%	17%
These 11	Chancen für neue Ansätze bei Erhalt und Sanierung der Infrastrukturen	81%	8%	11%
These 27	Hochwasserschutz – Sanierung der Korrektionswerke	87%	2%	11%
Thesengruppe 4 – Organisatorische Mängel				
These 6	Räumliche und sektorenübergreifende Optik von Kantonen und Gemeinden für optimalen Finanzmitteleinsatz	88%	3%	9%
These 8	Mangelnder Informationsfluss zwischen Praxis und strategischer Ebene	63%	20%	17%
These 10	Institutionelle Anpassungen wegen veränderter Rahmenbedingungen der Finanzflüsse	49%	16%	35%
These 23	Strukturelle Anpassungen als Antwort auf die Herausforderungen im Gewässerschutz, in der Siedlungswasserwirtschaft und in der Trinkwasserversorgung	77%	7%	16%
These 28	Hochwasserschutz – Regionale Vorhersagezentren	66%	8%	26%
Thesengruppe 5 – Unzulänglichkeit der Instrumente				
These 7	Forcierung von Einzugsgebiet bezogenen Monitoringkonzepten	80%	9%	11%
These 16	Kriterien für einen zweckmässigen Bewirtschaftungs- und Steuerungsmechanismus	72%	12%	16%
These 18	Verfahren und Instrumente für die Güterabwägung Schutz/Nutzung	81%	12%	7%
These 21	Zukünftige Herausforderungen verlangen nach Politikbereich übergreifender Abstimmung und geeigneten Instrumenten	81%	10%	9%
These 26	Hochwasserschutz – Sicherung des Raumbedarfs	77%	15%	18%
Thesengruppe Integrales Einzugsgebietsmanagement (IEM)				
These 12	Förderung Integrales Einzugsgebietsmanagement – Differenzierte Anwendung	87%	6%	7%
These 13	Einzugsgebietsmanagement: Integraler Überbau – Sektorale Durchführung	68%	16%	16%
These 14	Integrales Einzugsgebietsmanagement: Stolpersteine und Risiken	76%	11%	13%
These 15	Integrales Einzugsgebietsmanagement: Entwicklung von Instrumenten	72%	12%	16%

Tabelle 1. Thesen zur Schweizer Wasserwirtschaft [6] mit den gemittelten Einstufungen der angefragten Fachwelt [7] (Ja = Einstufung 3 bis 4; Nein = Einstufung 1 bis 2; k.A. = keine Angabe; siehe auch Kapitel 3).

schaft einfliessen. Kapitel 2 gibt einen Überblick über die einzelnen Thesen der Auslegeordnung. Die Auswertung der Umfrage zu den Thesen sowie die daraus folgenden Haupterkenntnisse sind im Kapitel 3 dargelegt. Im Kapitel 4 werden zu ausgewählten Thesen die Resultate detaillierter beleuchtet. Kapitel 5 präsentiert schliesslich die Schlussfolgerungen und gibt einen Ausblick.

2. Thesen zu Stand und Zukunft der Schweizer Wasserwirtschaft

In der Auslegeordnung zur Schweizer Wasserwirtschaft [6] wurden als Synthese der bis dahin verfassten Analysen und Expertenberichte [3, 4, 5] 28 Thesen formuliert. Diese wurden nach thematischen Aspekten zu 7 Thesengruppen zusammengefasst. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Thesen, nach den Thesengruppen geordnet. Die Thesen sind in [6] eingehend beschrieben, ausgewählte Thesen werden ausserdem in Kapitel 4 präsentiert.

3. Umfrage zu den Thesen

3.1 Methode

Für die Umfrage wurden VertreterInnen der Verwaltung (Bund, Kantone), Verbände und Forschungsstellen der einzelnen Sektoren der Schweizer Wasserwirtschaft sowie weiterer mitbetroffener raumwirksamer Bereiche angeschrieben. Sie wurden mittels eines Fragebogens aufgefordert, pro These eine Stellungnahme als Einstufung auf einer Skala von 0–4 anzugeben:

- 0: weiss nicht/keine Angabe (k.A.)
- 1: gar nicht einverstanden
- 2: eher nicht einverstanden
- 3: eher einverstanden
- 4: völlig einverstanden

Zur breiteren Abstützung der formulierten Thesen wurden die Akteure ausserdem eingeladen, sich in Form von Kommentaren zu äussern und ihre Erfahrungen, Kritik und Anregungen mitzuteilen.

3.2 Rücklauf und Auswertung

Von den rund 200 angefragten Akteuren sind insgesamt 130 Antworten eingegangen. *Bild 2* zeigt die Verteilung der eingegangenen Fragebogen nach den verschiedenen Akteursgruppen *(Bild 2l)* und den Sektoren der Wasserwirtschaft sowie verwandter Bereiche *(Bild 2r)*.

Tabelle 1 zeigt die gemittelten Stellungnahmen der angefragten Akteure zu den einzelnen Thesen, wobei die Einstufungen 3 und 4 als zustimmend («Ja») und die Einstufungen 1 und 2 als ablehnend («Nein») gewertet werden.» Zu jeder der 28 Thesen sind ausserdem in [7] auf je einem Faktenblatt die Auswertung der Einstufungen, die wesentlichen Kommentare aus den Rückmeldungen und die daraus abgeleiteten Kernaussagen beleuchtet.

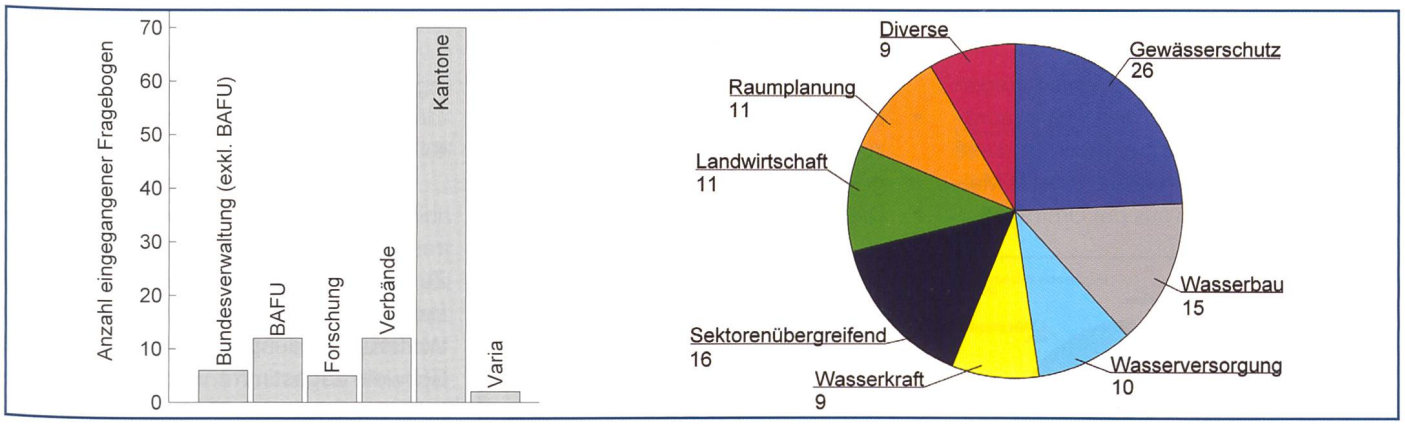


Bild 2. Eingegangene Fragebogen, sortiert nach Akteursgruppe (l) und Sektor (r).

Bedarf zur Überprüfung und Weiterentwicklung der Schweizer Wasserwirtschaft
Die Akteure sind sich einig: es gibt Veränderungen in der Schweizer Wasserwirtschaft und es braucht eine Strategie, wie mit diesen Entwicklungen umzugehen ist. Die Herausforderungen sind dabei räumlich differenziert zu betrachten und müssen sektorenübergreifend und mit geeigneten Instrumenten angegangen werden.

Der Bund soll eine (Führungs-)Rolle übernehmen
Der Bund soll koordinierend und unterstützend wirken, d.h., Empfehlungen, Rahmenbedingungen oder Leitlinien vorgeben; eventuell sind finanzielle Anreize hilfreich. Die wesentlichen Akteure sind dabei in einem entsprechenden Prozess einzubinden.

Die Rollenverteilung zwischen den staatlichen Ebenen muss überdacht werden
Der Grad der Autonomie der Gemeinden (kleinräumige Strukturen) wird hinterfragt: Gewisse Bereiche sollen im Sinne einer Professionalisierung eher einer übergeordneten Ebene (Verbände, Regionen, Kantone) übertragen werden. Der Bund soll die Kantone und Gemeinden beim Überdenken ihrer Rollenverteilung unterstützen.

Die bestehende Gesetzgebung soll auf Zweckmässigkeit geprüft werden
Eine gesteigerte Kohärenz (Querbezüge zwischen Sektoren und zu anderen Politikbereichen) in den Gesetzen wird begrüsst. Sich bietende Möglichkeiten zu gesetzlichen Anpassungen sollen genutzt werden (primär bestehende Gesetze besser abstimmen, evtl. Rahmengesetz).

Integrales Einzugsgebietsmanagement IEM als «Instrument» wird stark befürwortet, soll aber differenziert angewendet werden
IEM wird als Instrument im Sinne einer integralen, regionalen Planung, die aber sektoral und lokal umgesetzt werden kann, gutgeheissen. Über Form der Förderung, der Ausgestaltung, der Rolle der Akteure und der Entwicklung von Instrumenten besteht noch Diskussionsbedarf. Vom Bund wird erwartet, dass er eine Führungsrolle übernimmt (d.h. Leitlinien setzt, Umsetzungshilfen zur Verfügung stellt, fördernde Rahmenbedingungen schafft). Bevor neue Instrumente entwickelt werden, soll geprüft werden, ob nicht bestehende benutzt oder angepasst werden können. Wichtig ist die Frage nach der sinnvollen Grösse und Abgrenzung des Einzugsgebietes: Je nach Fragestellung (Trinkwasserversorgung und Siedlungsentwässerung orientieren sich z.B. eher an wirtschaftlichen/politischen Strukturen als am hydrologischen Einzugsgebiet) und sozioökonomischen Rahmenbedingungen können auch Strukturen abweichend vom hydrologischen Einzugsgebiet sinnvoll sein. Massgebend sollen «funktionale» Räume und nicht politische Grenzen sein.

Verfahren und Instrumente zur Güterabwägung (Schutz und Nutzung) werden klar begrüsst
Primär sind bereits bestehende Instrumente auf Zweckmässigkeit zu prüfen, besser abzustimmen und allenfalls weiterzuentwickeln. Wichtig sind dabei eine räumliche und zeitliche Prioritätensetzung der divergierenden Schutz- und Nutzungsinteressen. Eine transparente Güterabwägung und Instrumente dazu sind Entscheidungshilfen, ersetzen aber die politischen Entscheide nicht. Wesentlich ist der politische Wille zur Umsetzung auf allen Ebenen.

Heute steht die Optimierung der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur im Vordergrund
Optimierung der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur heisst Effizienzsteigerung (bezogen auf Zielerfüllung und Kosten), und zwar durch eine je nach Aufgabenstellung zweckmässige und zielorientierte Regionalisierung. Neue regionale anstatt kommunale und kleinräumige Strukturen führen zu professionelleren und auch wirtschaftlicheren Lösungen. Zudem können mit einem geänderten Systemblick auch neuere, bessere Lösungen resultieren. Neue Ansätze zur Finanzierung sind zu überprüfen, wobei Fondslösungen und sektorübergreifende Finanzierung kritisch kommentiert werden. Investitionsbedarf wird speziell für den Hochwasserschutz gesehen.

Abstimmung der Wasserwirtschaft mit anderen raumwirksamen Bereichen verstärken
Bei integralen Ansätzen ist bereits in der Planung die enge Verknüpfung von Wasserwirtschaft, Landmanagement (Landwirtschaft, Siedlungspolitik/Raumordnung) und Energiepolitik zu berücksichtigen.

Bild 3. Haupterkenntnisse aus den Thesen und der Umfrage.

3.3 Generelles Meinungsbild und Haupterkenntnisse

Die angeschriebenen Fachkreise zeigen grosses Interesse an der Auslegeordnung der Thesen und befürworten diese im Grundtenor. Folgendes generelles Meinungsbild ergibt sich aus der Umfrage:

- Die grosse Anzahl Rückmeldungen bzw. hohe Rücklaufquote weist auf ein breites Interesse hin.
- Die Akteure haben die Möglichkeit zur Stellungnahme ausdrücklich begrüsst.
- Die generelle Zustimmung zu den Thesen ist gross, was sich im hohen Mittelwert der Einstufungen widerspiegelt *(Tabelle 1)*: Bei fast allen Thesen bewegt sich dieser zwischen 3 und 4.
- Ausführliche Kommentare von vielen Akteuren, teils mit divergierenden Ansichten, weisen auf eine kritisch engagierte Einstellung zu den Thesen hin.

Zusammenfassend lässt sich aus der Umfrage ableiten, dass dem Bedarf für eine Weiterentwicklung der Wasserwirtschaft Schweiz zugestimmt wird. Die Haupterkenntnisse aus den Thesen und der Umfrage sind in *Bild 3* zusammengefasst.

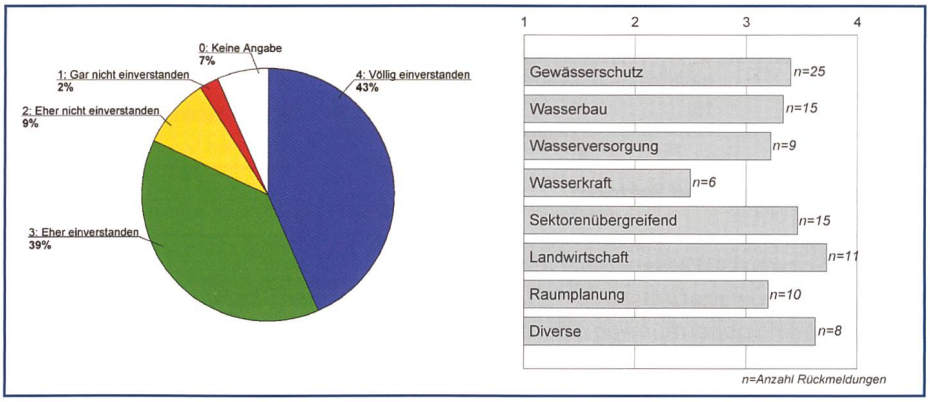


Bild 4. Einstufungen zur These 1.

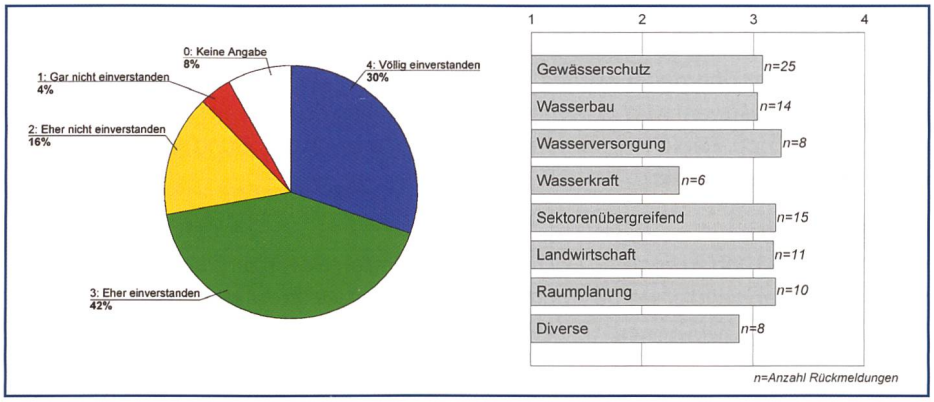


Bild 5. Einstufungen zur These 4.

4. Resultate zu ausgewählten Thesen

Im Folgenden werden die Umfrageresultate ausgewählter Thesen beleuchtet. Es sind dies die Thesen zum generellen Handlungsbedarf der Wasserwirtschaft Schweiz (These 1), zur Rollenverteilung zwischen den verschiedenen Staatsebenen (These 4), zur Regionalisierung der Wasserwirtschaft (These 9) und zur Notwendigkeit einer gesetzlichen Anpassung (These 17). Die Thesen zum Integralen Einzugsgebietsmanagement (Thesen 12 bis 15) sind in [8] vorgestellt worden.

These 1 – Bedarf einer neuen Strategie Wasserwirtschaft Schweiz

Die Wasserwirtschaft in der Schweiz ist in Bewegung geraten. Sie braucht deshalb eine neue Strategie. Aufgrund seiner ge-

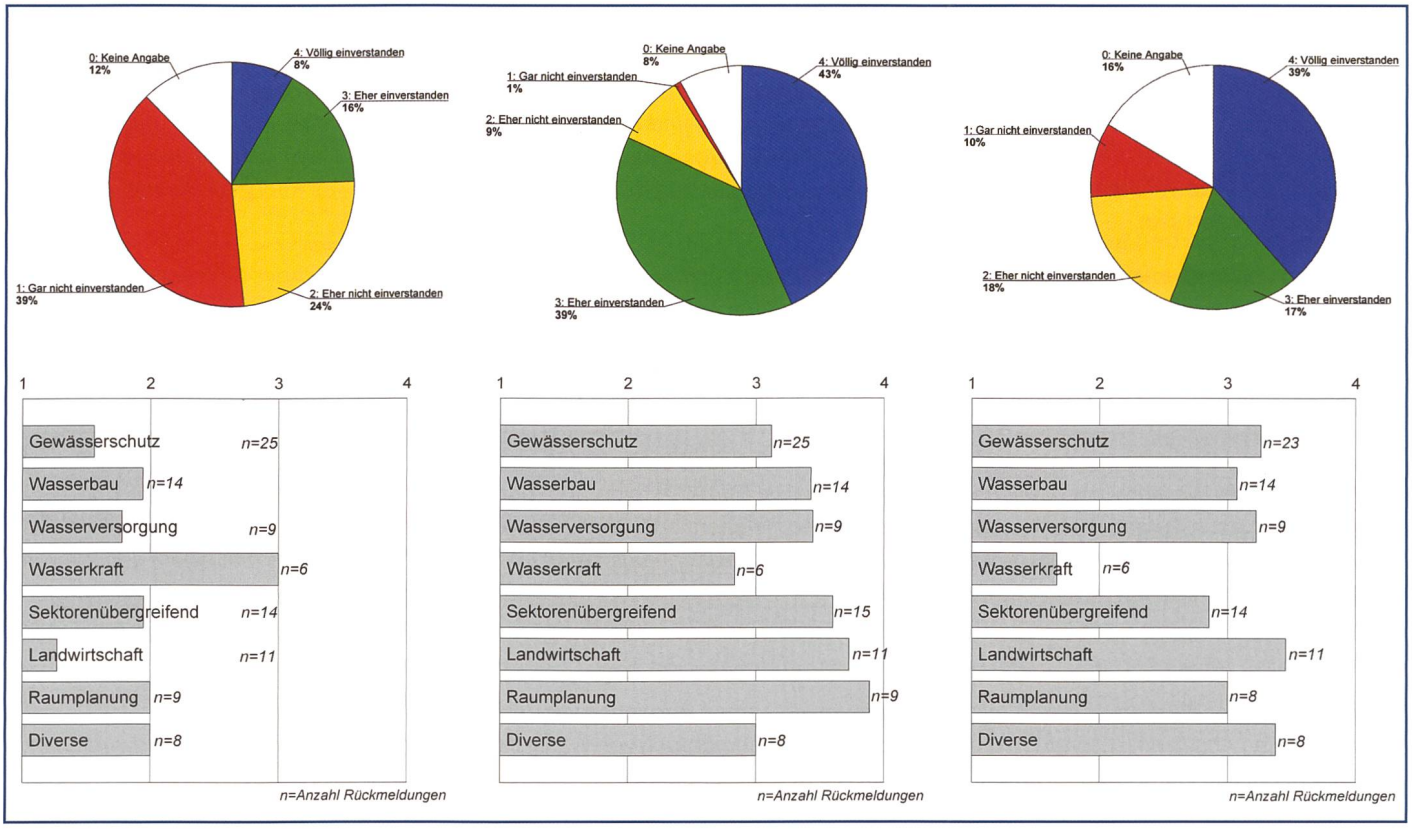


Bild 6. Einstufungen zu den Unterthesen 4.1 (links), 4.2 (Mitte) und 4.3 (rechts).

setzlichen Legitimation ist der Bund besonders gefordert.

Die These 1 ist die «Ausgangsthese» und stellt den generellen Handlungsbedarf der Schweizer Wasserwirtschaft zur Diskussion.

Sie erhält eine ausserordentlich hohe Zustimmung *(Bild 4)*: insgesamt 82% der angefragten Akteure stimmen der These zu, wobei 39% der Akteure eher damit einverstanden, 43% sogar sehr einverstanden sind. Eine Ausnahme bildet der Wasserkraftsektor, welcher sich mit einer durchschnittlichen Einstufung von 2.5. kritisch äussert. Die Akteure sind sich also darüber einig, dass es Veränderungen in der Schweizer Wasserwirtschaft gibt und dass es eine Strategie braucht, wie mit diesen Entwicklungen umzugehen ist. Der Bund habe dabei die Führungsrolle einzunehmen (koordinierende, übergeordnete Steuerung).

These 4 – Aktuelle und zukünftige Herausforderungen verlangen ein Überdenken der Rollenverteilung

Die in der Bundesverfassung vorgegebene Kompetenz- und Rollenverteilung zwischen den staatlichen Ebenen wird als Stärke betrachtet. Dies ermöglicht damit grundsätzlich ein System hoher Anpassungsfähigkeit. Der Preis dieser Flexibilität ist eine zum Teil geringe Übersichtlichkeit und aufwändige Prozesse bei der Güterabwägung. Der Grad der den Gemeinden gewährten Autonomie durch den Kanton ist zu hinterfragen und allenfalls anzupassen. Dies ist im Rahmen der bestehenden verfassungsmässigen Rechtsetzung möglich.

Unterthese 4.1. Das Überdenken der Rollenverteilung soll ohne Zutun auf Stufe Bund den Kantonen und den Gemeinden überlassen werden.

Unterthese 4.2 Der Bund soll für eine angepasste Rollenverteilung Hilfestellung leisten (Leitbild, Empfehlungen usw.) und Anreize schaffen (finanzielle Beiträge).

Unterthese 4.3 Für eine angepasste Rollenverteilung soll durch eine entsprechende Bundesgesetzgebung ein einheitliches Vorgehen gewährleistet und Nachdruck geschaffen werden.

Die These 4 befasst sich mit der Frage, ob und wie die bestehende Kompetenz- und Rollenverteilung zwischen den staatlichen Ebenen überdacht werden soll. Die Unterthesen 4.1 bis 4.3 erfragen die Art und Weise, wie diese Rollenverteilung überdacht werden soll. Dabei wird das Spektrum der Rolle des Bundes beim Überdenken der Rollenverteilung aufgespannt: Unterthese 4.1 schlägt ein Überdenken ohne Zutun Bund vor; Unterthese 4.2 sieht eine unterstützende Rolle des Bundes; Unterthese 4.3 möchte durch eine Anpassung der Bundesgesetzgebung ein einheitliches Vorgehen gewährleisten.

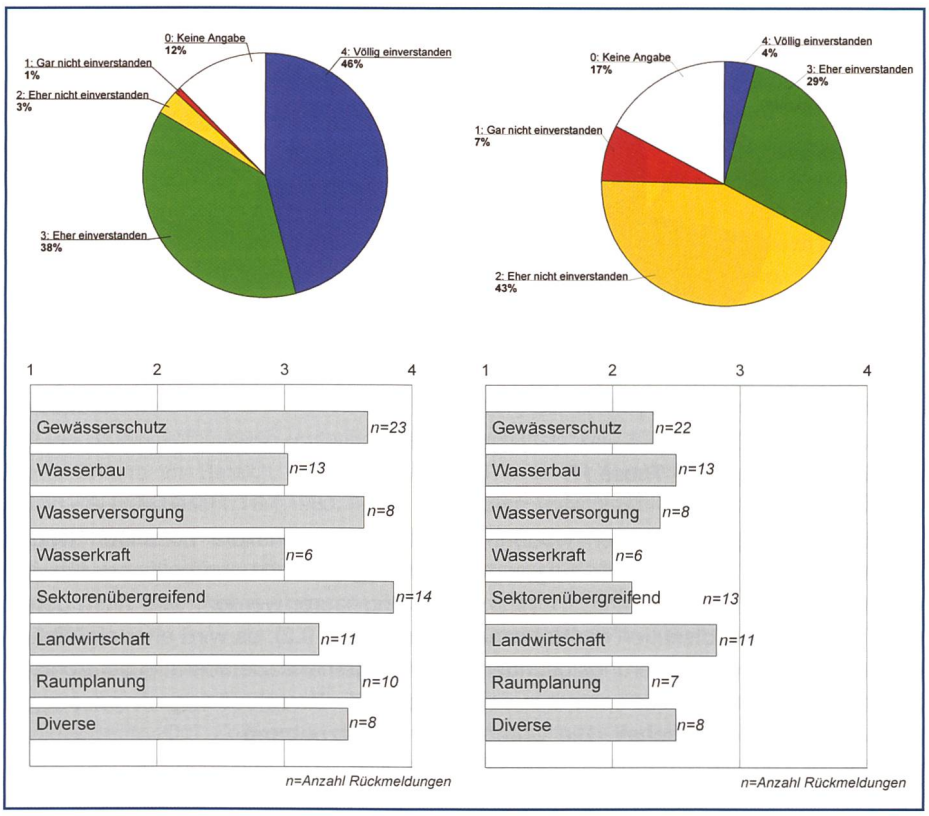


Bild 7. Einstufungen zu den Unterthesen 9.1 (links) und 9.2 (rechts).

Der Hauptthese wird zu über 70% zugestimmt *(Bild 5)*. Die Akteure sind sich also einig, dass die heutige Rollenverteilung zwischen Gemeinden und Kantonen (Grad der Gemeindeautonomie, kleinräumige Strukturen) überdacht werden soll. Die Rollenverteilung zwischen Bund und Kantonen hingegen wird nicht in Frage gestellt.

Aus der Gegenüberstellung der Einstufungen zu den Unterthesen 4.1 und 4.2 *(Bild 6)* zeigt sich klar, in welche Richtung eine Anpassung der Rollenverteilung gehen soll: Während die Unterthese 4.1 vom überwiegenden Anteil der Akteure abgelehnt wird (63%), stimmen demgegenüber 82% der Akteure der Unterthese 4.2 zu. Weniger deutlich ist die Rückmeldung zur Unterthese 4.3: Zwar stimmen knapp 40% der Rückmelder «völlig zu», der Anteil Ablehnung ist jedoch ebenfalls hoch (28%).

Der spiegelbildliche Vergleich zwischen Unterthese 4.1 und 4.2 bringt den Wunsch einer Mehrheit der Akteure zum Ausdruck, dass der Bund beim Überdenken der Rollenverteilung Hilfestellung leisten soll, und dies nicht den Kantonen und Gemeinden alleine überlassen werden soll. Die überwiegende Zahl der Akteure sieht diese Rolle in der Form von Hilfestellungen wie Empfehlungen, Leitbilder oder eventuell finanziellen Anreizen (Unterthese 4.2), gut die Hälfte der Akteure sehen sogar die weitergehende Rolle einer (sorgfältig geprüften) Anpassung der Bundesgesetzgebung in Richtung einheitliches Vorgehen (Unterthese 4.3).

These 9 – Regionale Ansätze zur Steigerung der Professionalität angesichts wachsender Anforderungen und als Antwort auf den Kostendruck

Unterthese 9.1. Wegen höherer Anforderungen und komplexerer Systeme sowie aus Gründen des Kostendruckes (Finanzierung, Werterhalt, Leistungs- und Kostenkontrolle) und zur Steigerung der Professionalität und Qualität der Aufgabenerfüllung werden für die Schweizer Wasserwirtschaft sinnvolle Regionalisierungslösungen an Bedeutung gewinnen. Regionalisierung schliesst vor allem organisatorisch-institutionelle, aber auch finanzielle und sektorenübergreifende Aspekte mit ein. Entsprechend sind Rahmenbedingungen zur Förderung dieses Ansatzes zu schaffen.

Unterthese 9.2 Durch Regionalisierungslösungen mit entsprechender Professionalisierung läuft man Gefahr, bislang unentgeltliche Arbeitsleistungen und Engagement in Form von Volontariat zu verlieren und mit entsprechenden Kapi-

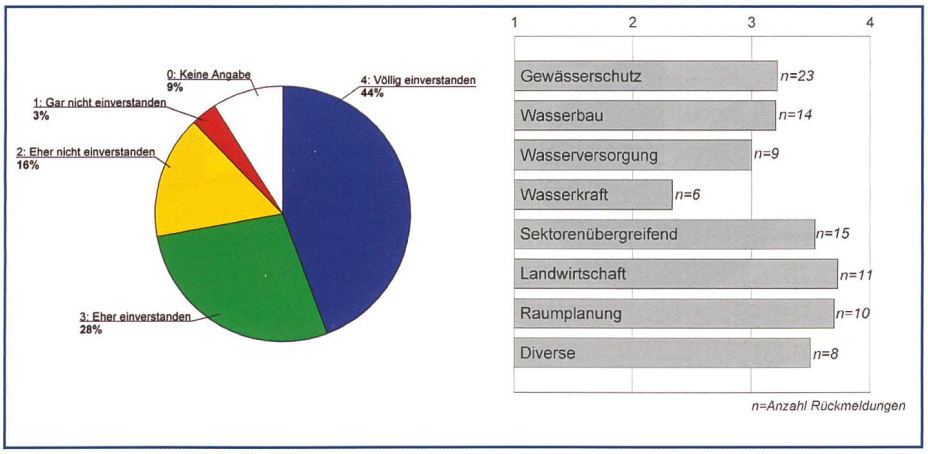


Bild 8. Einstufungen zur These 17.

talkosten auffangen zu müssen, wodurch allfällige positive Skaleneffekte aufgewogen werden.

Die These 9 diskutiert die Notwendigkeit von Regionalisierungslösungen zur Steigerung der Professionalität in der Schweizer Wasserwirtschaft. Die Unterthese 9.1 erwägt die generelle Bedeutung von sinnvollen Regionalisierungen für die Schweiz, die Unterthese 9.2. legt die Befürchtung dar, durch Regionalisierungslösungen unentgeltliche Arbeitsleistung und Engagement zu verlieren und dadurch allfällige positive Skaleneffekte aufzuheben.

Die Auswertung zeigt divergierende Stellungnahmen *(Bild 7)*: Während der Unterthese 9.1 vom überwiegenden Anteil der Akteure (84%) zugestimmt wird, zwar mit Vorbehalten von Seiten des Wasserbaus und der Wasserkraft, erhält die Unterthese 9.2 einen im Vergleich mit den anderen Thesen sehr grossen Anteil Ablehnung (50%), insbesondere von der Wasserkraft und den sektorenübergreifenden Akteuren.

Es besteht also eine hohe Zustimmung, dass neue regionale anstatt kommunale und kleinräumige Strukturen eine Lösung sind, um die Herausforderungen (inklusive den Kostendruck) zu bewältigen (Unterthese 9.1). Dies führt zu professionelleren und auch wirtschaftlicheren Lösungen. Es gibt in der Schweizer Wasserwirtschaft bereits Tendenzen in diese Richtung. Der Begriff «regional» muss sich aber nicht gezwungenermassen am hydrologischen Einzugsgebiet orientieren, sondern kann sich, insbesondere im Fall der Wasserversorgung und -entsorgung, auch auf wirtschaftliche und politische Strukturen beziehen. Eine zeitgemässe Wasserwirtschaft kann nicht mehr in der erforderlichen Qualität im Volontariat unterhalten werden. Dies bedeutet aber, dass entsprechende Strukturen geschaffen werden müssen. Die Befürchtung, dass professionellere Lösungen wegen des Wegfalls von unentgeltlicher Arbeitsleistung teurer werden, wird nicht geteilt (Unterthese 9.2), es wird eher ein Verlust der Bürgernähe (Demokratie) befürchtet.

These 17 – Zweckmässige Anpassung der Gesetzgebung

Das Thema «Anpassung der Gesetzgebung» ist politisch schon auf dem Tisch. Diese Chance ist zu nutzen und die Gesetzgebung zu revidieren. Dabei sind verschiedene Varianten für eine gesteigerte Kohärenz des legistischen Regimes (gegenseitige Abstimmung der Sektoralgesetze, Bündelung in einem Wasserwirtschaftsgesetz, übergeordnetes Wasserrahmengesetz) auf Zweckmässigkeit zu prüfen.

Die These 17 befasst sich mit der Frage, ob die bestehende Gesetzgebung angepasst werden müsste, um eine gesteigerten Kohärenz der wasserwirtschaftlich relevanten sektoralen Gesetze (Querbezüge zwischen Sektoren und zu anderen Politikbereichen) zu erreichen. Eine solche gesteigerte Kohärenz in den Gesetzen wird ausdrücklich begrüsst (72% Zustimmung), und zwar besonders von den Akteuren ausserhalb der Wasserwirtschaft (Landwirtschaft, Raumplanung), jedoch mit Zurückhaltung von der Wasserkraft *(Bild 8)*.

Entsprechende, sich bietende Möglichkeiten zu einer Anpassung der Gesetzgebung sollen also genutzt werden. Aus einzelnen Kommentaren lässt sich die Tendenz zur Unterstützung der ersten und dritten der in der These aufgeführten gesetzgeberischen Varianten erkennen: Primär sollen die bereits bestehenden Gesetze auf Zweckmässigkeit geprüft und besser abgestimmt werden; eventuell könnte auch ein Rahmengesetz hilfreich sein; eine Bündelung in einem neuen Gesetz hingegen wird eher nicht befürwortet.

5. Schlussfolgerungen und Ausblick

Das Ziel der Umfrage, ein breit abgestütztes Meinungsbild und eine geschärfte Problemwahrnehmung aus dem Kreise der Schweizer Wasserakteure zu gewinnen, wurde nicht zuletzt dank den ausführlichen Kommentaren in den Rückmeldungen erreicht. Die Einstufungen sowie die Fülle an differenzierten und konstruktiven Kommentaren stellen eine Ergänzung und Bereicherung der Auslegeordnung zur Schweizer Wasserwirtschaft als Basis für die weiteren Aktivitäten dar. Mit der Auswertung der Umfrage ist die Phase der Problemwahrnehmung/-definition im Policy-Zyklus *(Bild)* zur Schweizer Wasserwirtschaft abgeschlossen. Die von der Fachwelt als wesentlich erachteten Probleme und Herausforderungen liegen auf dem Tisch.

Auf den Resultaten und Haupterkenntnissen dieser Analysen aufbauend geht es nun darum, Handlungsoptionen abzuwägen und zu entwickeln, um die identifizierten Herausforderungen zu bewältigen (Phase 2 im Policy-Zyklus, siehe *Bild 1*). Dabei ist ein geeigneter Einbezug der massgebenden wasserwirtschaftlichen Akteure wichtig. Folgende Hauptaktivitäten lassen sich zusammenfassen:

5.1 Handlungsoptionen für die Schweizer Wasserwirtschaft

In einem nächsten Schritt werden Gestaltungsvorschläge erarbeitet, wie die Schweizer Wasserwirtschaft institutionell-organisatorisch für die erkannten Probleme und zukünftigen Herausforderungen anzupassen und weiterzuentwickeln ist. In einer bereits in Auftrag gegebenen Studie sollen dazu geeignete Handlungsoptionen aufgezeigt und evaluiert werden.

5.2 Integrales Einzugsgebietsmanagement

Die vorliegenden Ergebnisse geben wertvolle Hinweise für die von mehreren Seiten geforderten Anstrengungen, den Ansatz des Einzugsgebietsmanagements zur Umsetzung der Prinzipien der Integralen Wasserwirtschaft zu fördern (siehe z.B. die GWA Ausgabe 3/2009). Entsprechende Aktivitäten wurden von der Wasser-Agenda 21 und dem BAFU bereits an die Hand genommen: Aufbauend auf einer Analyse und Evaluation von IEM-Fallbeispielen [5] hat die Wasser-Agenda 21 die Thematik Integrales Einzugsgebietsmanagement als eines ihrer zentralen Handlungsfelder definiert. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe IEM eingesetzt, welche u.a. in einem Arbeitsprogramm die IEM-Akti-

vitäten für die Jahre 2009–2010 festgelegt hat: In einem ersten Schritt werden nun IEM-Leitlinien und ein Positionspapier verfasst, welche als Orientierungsrahmen für die weiteren vorgesehenen Aktivitäten dienen werden. Die darauf folgenden Schritte werden die Klärung des rechtlichen Handlungsspielraums, die Entwicklung einer Strategie zur Umsetzung und Förderung von IEM in der Schweiz sowie die Erarbeitung einer Wegleitung mit Hilfsmitteln zur Umsetzung umfassen.

5.3 Nationales Forschungsprogramm «Nachhaltige Wassernutzung» (NFP 61)

In den Jahren 2010–2013 werden die Forschungsprojekte des Nationalen Forschungsprogramms «Nachhaltige Wassernutzung» (NFP 61, www.nfp61.ch) durchgeführt werden. Dieses Programm ist dem Themenbereich der Weiterentwicklung der Schweizer Wasserwirtschaft sehr verwandt. Es beleuchtet aus Forschungssicht – insbesondere aus dem Blickwinkel von sich ständig ändernden natürlichen und gesellschaftlichen Systemen – die Thematik. Einerseits dienen daher die vorliegenden Resultate dem NFP61 als Input und Grundlage. Andererseits werden auch die Ergebnisse des NFP61 die Weiterentwicklung der Schweizer Wasserwirtschaft unterstützen.

Die Ergebnisse aus den Thesen und der Umfrage enthalten auch für die Aktivitäten anderer Akteure der Schweizer Wasserwirtschaft (z.B. entsprechende Vorhaben in den Kantonen) Impulse, Grundlagen und nützliche Hinweise.

Referenzen

[1] Eidg. Studienkommission «Aufgabenteilung Bund/Kantone im Bereich der Wasserwirtschaft»: Schlussbericht, 16.4.1980, Bern.

[2] *Vollenweider Stefan*: Wasser-Agenda 21 – Zukunftsstrategien für die schweizerische Wasserwirtschaft. Gas-Wasser-Abwasser, 7/2006, 557–562.

[3] Ernst Basler + Partner: Systemanalyse Wasserwirtschaft Schweiz. Expertenbericht im Auftrag des BAFU, 2007, Zollikon. www.umwelt-schweiz.ch/wawi-schweiz

[4] Ernst Basler + Partner: Wasserwirtschaft Schweiz 2025 – Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten. Expertenbericht im Auftrag BAFU und BaslerFonds, 2007, Zollikon. www.umwelt-schweiz.ch/wawi-schweiz

[5] Bonnard & Gardel: Beschreibung und Analyse von Fallbeispielen zum integralen Einzugsgebiets-Management (IEM). Expertenbericht im Auftrag des BAFU, 2007, Bern. www.umwelt-schweiz.ch/wawi-schweiz

[6] *Aschwanden Hugo, Pfaundler Martin, Vollenweider Stefan*: Wasserwirtschaft Schweiz 2007 – Eine Auslegeordnung mit Thesen zur Weiterentwicklung. BAFU, 2007, Bern. www.umwelt-schweiz.ch/wawi-schweiz

[7] *Schaffner Monika, Pfaundler Martin, Aschwanden Hugo, Vollenweider Stefan*: Auswertung der Umfrage zum Bericht «Wasserwirtschaft Schweiz 2007 – Eine Auslegeordnung mit Thesen zur Weiterentwicklung». BAFU, 2009, Bern. www.umwelt-schweiz.ch/wawi-schweiz

[8] *Aschwanden Hugo, Pfaundler Martin*: Einzugsgebietsmanagement und Integrale Wasserwirtschaft – Entwicklungen aus nationaler Sicht. Gas-Wasser-Abwasser, 6/2009, 163–171.

Anschrift des Verfassers
Monika Schaffner, Dr. phil nat., Sektion Gewässerbewirtschaftung, Eidg. Dept. für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
Papiermühlestrasse 172, CH-3063 Ittigen
Tel. +41 31 324 76 40
monika.schaffner@bafu.admin.ch

15. Deutsches Talsperrensymposium vom 14. bis 16. April 2010 in Aachen

Vielfältiges Programm, aussergewöhnlicher Festabend und spannende Exkursionen

■ *Conventus*

Das Programm des 15. Deutschen Talsperrensymposiums, welches vom 14. bis 16. April 2010 im Eurogress Aachen stattfindet, steht nun fest und kann auf der Homepage unter www.conventus.de/dtk2010 eingesehen werden.

Mehr als ein Drittel der über 120 eingereichten Beiträge fand für einen mündlichen Vortrag im Plenum Berücksichtigung. Diese Beiträge werden in einem Themenheft der Fachzeitschrift «Wasser-Wirtschaft» veröffentlicht.

Darüber hinaus veröffentlicht das Institut für Wasserbau und Wasserwirtschaft (IWW) der RWTH Aachen mit finanzieller Unterstützung des Deutschen TalsperrenKomitees alle eingereichten Beiträge in der Publikationsreihe «Mitteilungshefte des IWW».

Im Programm finden sich zahlreiche aktuelle Themen. So dürfen Berichte über interessante wasserbauliche Projekte aus dem In- und Ausland nicht fehlen – ebenso wenig wie das Neueste aus Forschung und Entwicklung. Zahlreiche Talsperrenbetreiber berichten von ihren Erfahrungen im Umgang mit den Herausforderungen eines sich stetig wandelnden Umfeldes. Nicht zuletzt nehmen auch die im Umbruch befindlichen Wege in die Berufsfelder rund um die Talsperrenbranche einen gewissen Raum ein. Die Technische Ausstellung, die anlässlich des Talsperrensymposiums stattfindet, sprengt alle bisherigen Dimensionen. Mehr als 60 Firmen präsentieren sich in den Räumen des Aachener Eurogress. Eine konzentriertere und zugleich übersichtlichere Leistungsschau der Branche dürfte sich nur schwer finden lassen!

Das Vortragsprogramm des Symposiums wird ergänzt durch einen Festabend in aussergewöhnlichem Ambiente – im neuen Stadion TIVOLI Aachen – sowie eine ganztägige Exkursion zu wasserbaulichen Anlagen in der deutsch-belgischen Grenzregion.

Das gesamte Programm findet man auf der Kongresshomepage www.conventus.de/dtk2010.

Fachtagung

Stauanlagen im Spannungsfeld von Umwelt und Gesellschaft

mit Exkursion zu den Stauanlagen Robiei und Zöt, Donnerstag/Freitag, 17./18. Juni 2010, Locarno

Die Arbeitsgruppe Talsperrenbeobachtung des Schweizerischen Talsperrenkomitees lädt zur Teilnahme an der Fachtagung 2010 nach Locarno ein. Die Tagung ist dem Thema «Stauanlagen im Spannungsfeld von Umwelt und Gesellschaft» gewidmet.

Der Betrieb der zahlreichen Stauanlagen in der Schweiz erfordert nicht nur spezifische Kenntnisse in den verschiedenen Bereichen des Wasserbaus. Die Veränderung des natürlichen Raumes, in welchem sich die Anlagen befinden, und die Nutzungsmöglichkeiten für Freizeit und Tourismus bedürfen ebenfalls der fortwährenden Aufmerksamkeit. Die Fachtagung 2010 widmet sich diesen Aspekten.

In einem ersten Block werden die Klimaeinflüsse und ihre Konsequenzen für die Nutzung der Wasserkraft im alpinen Raum behandelt. Unter anderem werden die Einflüsse auf das Potenzial der Wassernutzung, Veränderungen beim Permafrost, die Ablagerung von Sedimenten im Stauraum und Konsequenzen für Spülungen präsentiert und diskutiert. Im zweiten Block werden Erfahrungen mit Projekten für Tourismus und Freizeit aus Sicht der Kraftwerksbetreiber dargelegt.

Die Exkursion der Tagung führt uns zu den Stauanlagen Robiei und Zöt im Val Bavona. Auf der Exkursion wird gezeigt, wie die technischen Bedürfnisse eines Kraftwerkbetreibers in ein Erholungsgebiet integriert werden und wie ein solches touristisch attraktiv erschlossen wird.

Die «Arbeitsgruppe Talsperrenbeobachtung» freut sich auf eine rege Teilnahme der Fachwelt und aller, die an Talsperren interessiert sind.

Organisation: Arbeitsgruppe Talsperrenbeobachtung
c/o Bundesamt für Energie, Sektion Talsperren, Postfach
CH-3003 Bern, talsperren@bfe.admin.ch
Fax +41 (0)31 323 25 10

Journées d'étude

Les ouvrages d'accumulation entre environnement et société

avec visite des barrages de Robiei et Zöt, Jeudi/vendredi 17/18 juin 2010, à Locarno

Le groupe de travail pour l'observation des barrages du Comité suisse des barrages a le plaisir de vous inviter aux journées d'étude 2010, à Locarno, ayant pour thème: les ouvrages d'accumulation entre environnement et société.

L'exploitation des nombreux ouvrages d'accumulation du pays nécessite non seulement la maîtrise de la construction hydraulique, mais exige également une attention soutenue des changements du milieu naturel dans lequel ces ouvrages sont implantés ainsi que du développement des activités touristiques et récréatives. Les journées d'étude 2010 se consacrent à l'analyse de la place et du rôle de tels ouvrages.

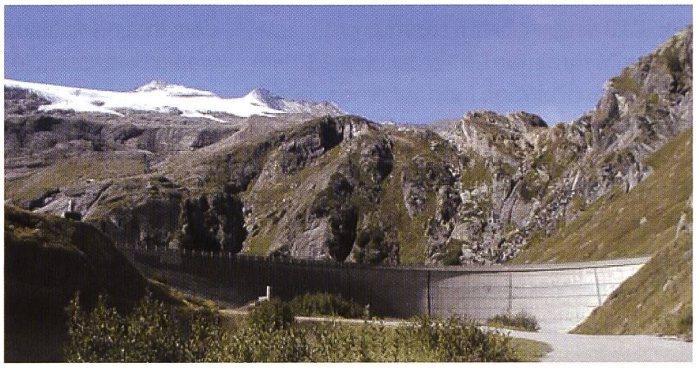
La première partie des exposés portera sur les influences climatiques quant aux conséquences engendrées sur l'utilisation de la force hydraulique dans les régions alpines. Les effets sur le potentiel d'utilisation de l'eau, les modifications du permafrost, l'accumulation de sédiments dans l'aire de retenue et les conséquences pour les curages seront notamment présentés et discutés. Dans un deuxième temps, la vision des exploitants sera exposée quant aux réalisations de projets touristiques et récréatifs.

L'excursion nous conduira aux barrages de Robiei et Zöt dans le Val Bavona, où une méthodologie visant à intégrer les exigences techniques d'un exploitant à une région touristique donnée sera présentée. Il sera possible de constater comment une zone peut être désenclavée et rendue attractive sur le plan touristique.

Nous nous réjouissons d'une participation nombreuse des professionnels et de toutes les personnes s'intéressant aux barrages.

Organisation: Groupe de travail pour l'observation des barrages
c/o Office fédéral de l'énergie, Section Barrages, Case postale
CH-3003 Berne, talsperren@bfe.admin.ch
fax +41 (0)31 323 25 10

Robiei



Zöt